

Straßenmeister bangen um ihre Jobs

Zum 1. Januar 2021 geht der Betrieb der Autobahnen von den Ländern auf den Bund über – Arbeitsstrukturen ändern sich elementar

Aying – Sie bauen Autobahnen aus, reinigen Grünflächen am Streckenrand und helfen bei Unfällen: die Straßenmeister. Durch die geplante „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ haben sie jetzt aber auch Angst um ihre Jobs.

„Noch nie in der Geschichte des Straßenmeisterverbandes gab es solche Planungen der Politik, die komplette Struktur der Straßenverwaltung zu ändern“, sagte Herbert Wagenländer, seit 2012 Vorsitzender des Straßenmeisterverbandes in Bayern, bei der Jahresversammlung in

Aying. Damit sprach er vielen seiner Kollegen aus der Seele.

Mit der Gründung der „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“, einer Bundesfernstraßengesellschaft, mit der eine Privatisierung der Autobahnen verhindert werden soll, geht der Betrieb der etwa 13 000 deutschen Autobahnkilometer zum 1. Januar 2021 von den Ländern auf den Bund über. „Dafür ist sogar eine Änderung des Grundgesetzes nötig“, beschreibt Wagenländer die Tragweite der neuen Regelung. Außerhalb Bayerns sind teilweise auch die Bundesstraßen betroffen.

Die bayerischen Straßenmeister bangen um ihre Zukunft.

Dabei sind sie aus dem deutschen Verkehrswesen nicht wegzudenken. Ob Rodung am Straßenrand, Ausbau der Fahrbahnen auf Autobahn oder Bundes- und Staatsstraßen, Streudienst im Winter oder Unfallversorgung, die Straßenmeister sind immer dabei.

Doch wie geht es in Zukunft weiter? Diese Frage ist aktuell das alles beherrschende Thema im Verband. Sicher ist bislang nur, dass jeder Straßenmeister, wenn er denn will, freiwillig zur „In-

frastruktur Verkehr“ wechseln kann. Möglich ist allerdings auch, dass die Betroffenen – „unter Wahrung ihrer Besitzstände“, wie die Minister immer wieder betonen – im Rahmen einer „Personalgestellung“ eingesetzt werden. Das heißt, dass sie von den Ländern an den Bund ausgeliehen werden. Ziel dabei ist, dass die Straßenmeister nach Möglichkeit ihren Arbeitsplatz und ihre Aufgaben beibehalten können. Ob dem so ist, wird sich erst zeigen. Ein Standortwechsel scheint in Ausnahmefällen nicht ausgeschlossen.

Neben dem Arbeitsplatzwechsel ist vor allem die Umstrukturierung der Zuständigkeiten ein Thema. Die Befürchtung: Durch die neue Verteilung könnte sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bilden, in der die Straßenmeister der „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ bevorzugt werden. Auch dass Staats- oder Kreisstraßen nachteilig behandelt und Pflege sowie Ausbau vernachlässigt werden, wird befürchtet.

Diese Zweifel versuchte Gerhard Eck, Staatssekretär des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für Bau

und Verkehr, bei der Versammlung auszuräumen. Er lobte die „exzellente Arbeit“ und den „ausgezeichneten Dienst“ der Straßenmeister in Bayern. Gleichzeitig betonte Eck, dass sich die bevorstehenden Veränderungen gering seien. Die über 2800 Beschäftigten in Bayern müssten sich „keine Sorgen“ machen. Da „ein gut funktionierendes System gerne weiter genutzt“ werde, würde sich für die meisten Straßenmeister in Bayern wenig bis gar nichts ändern. Ein bisschen immerhin konnte Eck die Straßenmeister beruhigen.